

Das Schweigen der CSV – ein Symptom?

Zum synodalen Prozess der katholischen Kirche

Jüngst hat die katholische Kirche in Luxemburg ihre Mitglieder und Interessierte aus Politik und Gesellschaft dazu aufgerufen, Kritiken, Erwartungen und Vorschläge bezüglich des synodalen Prozesses zu formulieren, der, angestoßen von Papst Franziskus, weltweit vorbereitet werden soll, um neue Wege der Kirche in die Zukunft auszuloten. Mit Erstaunen haben etliche Bürger und Christen festgestellt, dass die Chrëschtlech-Sozial Vollekspartei (CSV) nicht auf diesen Aufruf reagiert hat. Dies ist umso überraschender, da déi Gréng und die Piraten hingegen Stellungnahmen verfasst haben. Finden die ehemals einzigen „unzertrennlichen Partner“ CSV und Kirche keinen Weg mehr, um sich über eine so entscheidende Initiative wie den synodalen Prozess auszutauschen?

Der vom Vatikan initiierte Prozess soll ans Licht bringen, welche Reformen Katholiken und Menschen guten Willens innerhalb der katholischen Kirche erwarten und welche sie mittragen möchten. Die in allen Bistümern zusammengetragenen Vorschläge fließen in ein Arbeitsdokument, das vom Generalsekretariat der Synode erstellt und dann in sieben Kontinentalversammlungen diskutiert wird. Die daraus resultierenden Dokumente werden schließlich in einem zweiten Arbeitsdokument zusammengefasst, das auf der Bischofssynode 2023 diskutiert werden soll.

Der synodale Prozess: ein mutiges und risikoreiches Unterfangen

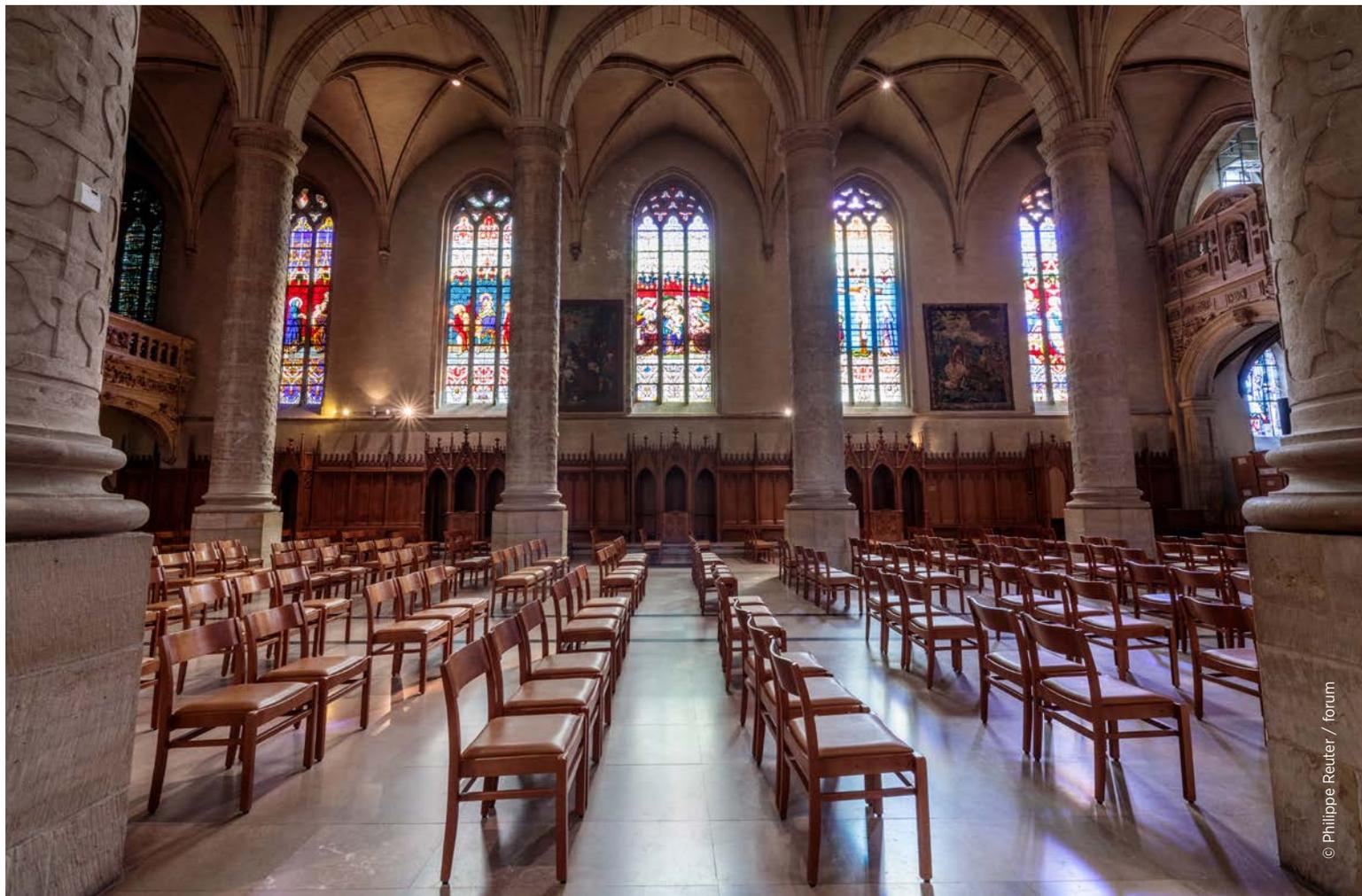
Für den synodalen Prozess gilt zunächst, dass *der Weg das Ziel ist*. Endpunkt des weltweiten synodalen Prozesses soll eine synodale, d. h. „partizipative“ Kirche

sein. In der Tat möchte der Papst, dass die Kirche mehr Beteiligung ermöglicht und durch einen dialogischeren Stil als bisher geprägt wird. Was das genau heißt, bleibt bisher vage.

Deshalb gibt es unter Katholiken Zweifel, ob dieser Prozess wirklich etwas an der Kirche ändern wird. Zu lange hat Papst Franziskus gezögert, ernsthaft Veränderungen anzustoßen in Bezug auf die Sexualmoral, die Gleichstellung der Frau in der kirchlichen Hierarchie, die kirchliche Gewaltenteilung oder das Pflichtzölibat. Warum der Papst nun diesen strategischen Weg gewählt hat, ist schwer einzuschätzen. Ging es ihm etwa darum, sich selbst und den Bischöfen mehr Druck und Mut zu Reformen zu machen? Oder geht es Franziskus weiterhin darum, vor allem die inneren Haltungen bei möglichst wenig Strukturreform zu fördern? Geschieht nichts, so wird er wie seine beiden Vorgänger mitverantwortlich sein für die Austritte in Europa und die Verbreitung der Sekten in Südamerika.

Jean-Marie Weber

Jean-Marie Weber, Theologe und Psychoanalytiker, ist Dozent an der Universität Luxemburg.



Die leere Kathedrale unserer lieben Frau von Luxemburg

Die Initiative zeugt aber auch von *Mut*. Wie kann man die Spannungen zwischen Konservativen und Progressiven fruchtbar machen? Dass dabei auch Angst vor der eigenen Courage im Vatikan mitspielt, zeigen die unglücklichen Bemerkungen und bösen Unterstellungen unterschiedlicher Kardinäle und Theologen gegenüber dem deutschen „synodalen Weg“. Man kann vermuten, dass die Adressaten solcher Bemerkungen nicht immer nur die deutschen Katholiken sind, sondern die Katholiken insgesamt. Die Angst vor einer zweiten „Reformation“ ist präsent.

Auch nicht-kirchlich gebundene Menschen und Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften und andere Institutionen waren eingeladen, ihre Erwartungen und Kritiken gegenüber der Kirche zu formulieren. Das war wichtig. Für den Glauben oder eine weltanschauliche Sicht entscheidet man sich in Freiheit und aufgrund von vernünftigen Gründen. Das hat immer eine politische Relevanz. Der Christ als „solidarisches Subjekt“ kann nicht anders, als sich politisch zu positionieren.¹ Und der Staat braucht Orte und Institutionen, die ihn stützen, damit das demokratische Ethos seine Lebendigkeit in der Gesellschaft bewahrt und bei den Staatsangehörigen Akzeptanz findet. Quellen hierfür sind die unterschiedlichen

Weltanschauungen und Religionen, welche sich in unterschiedlichen Organisationen der Zivilgesellschaft wiederfinden. In dezidierter Art und Weise hat Ernst-Wolfgang Böckenförde dies schon vor Jahren formuliert: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben.“²

Die Politik, welche im Dienst der Freiheit steht³, hat Interesse daran, dass die Bürger und Organisationen von ihrer Freiheit profitieren und sich sprechend und handelnd in die Gesellschaft einbringen. Die katholische Kirche hat sich losgelöst von einem absoluten Wahrheitsanspruch und versteht sich immer mehr als ein Deutungssystem des Ganzen, welches Orientierungen für individuelles und kollektives Handeln gibt. Dass sie nun von allen Menschen guten Willens

hören möchte, wie sie ihre Zukunft gestalten wollen, ist ein wichtiger Schritt.

Als luxemburgische Parteien haben Grüne und Piraten positiv an dem Befragungsprozess teilgenommen.⁴ Beide Parteien erleben die Kirche als wenig lebendig (Piraten) oder als eine Institution, die sich selbst stark behindert z. B. durch „Heteronormativität“ (Grüne). Beide Parteien werfen der Kirche u. a. Diskriminierung von Frauen und queeren Menschen vor. Vor allem wird die Sexualmoral in Frage gestellt.

Die Piraten erkennen, dass die Kirche ein Ort sein kann, an dem „Menschen Halt finden können und Gemeinschaft erleben können.“ Die Grünen „genießen [den] guten Dialog und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit engagierten, sachkompetenten und oft gut vernetzten“ Gläubigen. Bei der Vorstellung des Berichtes über die Konsultation war auch Charles Margue von den Grünen präsent und hat mit wertvollen Impulsen aktiv an der Diskussion teilgenommen.

Die CSV mit dem „christlichen Menschenbild“ blieb stumm

Dass die Partei mit dem „C“ sich nicht beteiligte, wirft Fragen auf.

Spricht man allgemein von christlicher Anthropologie, denkt man an die Geheimnishaftigkeit (Genesis 1,27) des Menschen, die Gleichheit aller mitsamt ihrer Singularität (Galaterbrief von Paulus 3,38). Seit Pico della Mirandola impliziert der Begriff die Würde des Menschen, welcher aufgrund seines freien Willens seine Natur selbst bestimmt.⁵ Der zentrale Begriff der Person weist einerseits auf die Bedeutung von Positionierung, Kommunikation, Anerkennung und Liebe hin und nährt u. a. auch das neuzeitliche Verständnis des Subjektes. Zur christlichen Anthropologie gehört ebenfalls, dass der Mensch fragil, leidend, ängstlich, von Armut, Krankheit und Tod gekennzeichnet ist. Der Mensch ist somit ein Mängelwesen. Dies kann zu einer pessimistischen Sicht des Menschen führen, wie sie sich in der Sündentheologie und der Sexualmoral zeigt(e). Diese „Nicht-Koinzidenz“, die „Nicht-Identität“ kann auch positiv gelesen werden. Dann wird der Mensch zum exzesshaften, rätselhaften und sich immer schon transzendierenden Wesen. Er lebt in Verantwortung gegenüber seiner Um- und Mitwelt und ist zum „Aufstehen“⁶ berufen.

Schaut man sich das Grundsatzprogramm der CSV näher an, erfährt man, dass sich die Partei auf die „christliche Soziallehre“⁷ basiert. Werte wie Solidarität, Subsidiarität, Gerechtigkeit, das Miteinander

oder auch Nachhaltigkeit bilden u. a. das Überzeugungsnetz, auf dessen Grundlage die Partei politisch handeln will.

Interessant finde ich, dass nicht nur von Rechten des Bürgers, sondern auch von seinen Pflichten die Rede ist. In dem Sinne wundert es nicht, dass die Redaktoren auch den Begriff „Weltethos“ gebrauchen. Zwar wird er nicht in Anführungszeichen gesetzt; man kann aber davon ausgehen, dass sie sich bei Hans Küngs „Weltethos“ inspiriert haben.⁸

Als nicht-konfessionelle Volkspartei geht die CSV im philosophischen Sinne pragmatisch vor. Pluralismus sowie die Sorge um die soziale Kohäsion sind ihr dabei wichtig. Sie versteht Politik ebenfalls „als Sinnangebot“, das dem Menschen geistig-moralische Orientierung geben soll. So formuliert, klingt das etwas paternalistisch. Ihre christlich inspirierten Werte will sie im „Dialog mit der Zeit und der Realität“ weiterentwickeln.

Bei manchen Textstellen könnte man aus sozial-ethischer Perspektive kritische Anmerkungen machen: Konfliktbereiche mit der kirchlichen Ethik werden nicht erwähnt. Insgesamt kann der Text aber den Wähler der berühmten Mitte, sogar Agnostiker und Atheisten ansprechen.

Säkularisierungsprozess und Postmoderne als Herausforderung für die Partnerschaft zwischen CSV und katholischer Kirche

Eigentlich ist die „Christdemokratie“ ein indirektes Produkt der französischen Revolution und des Säkularisierungsprozesses. In diesem Rahmen kann man nicht auf die spannende Entwicklung der christlich-sozialen Bewegung, des sozialen Katholizismus und der Christdemokratie seit der Französischen Revolution eingehen. Auch wenn die Bindung zur katholischen Kirche je nach Land unterschiedlich stark war, gab es immer wieder Konflikte, da die katholische Hierarchie die Oberhand über die sozialengagierten Politiker und Laien insgesamt haben wollte und sich vor partizipativen Initiativen und demokratischen Prozessen innerhalb der Kirche fürchtete. Lange Zeit verbot die Kirche sogar die Transformation der christlich-sozialen Bewegung in eine politische Partei.⁹ Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich christ-demokratische Parteien entwickelt, die nicht unbedingt immer von der Kirche gefördert wurden. Die Idee der Würde des Einzelnen und das Projekt eines vereinten friedlichen Europas sowie die Förderung der Gerechtigkeit innerhalb einer sozialen Marktwirtschaft waren Grundelemente. Sie entsprachen damals den Hoffnungen, den bewussten und unbewussten Erwartungen breiter Schichten. Das

Die Grünen und die Piraten werfen der Kirche Diskriminierung von Frauen und queeren Menschen vor.



© Riccardo De Luca / Shutterstock

In der Tat möchte der Papst, dass die Kirche mehr Beteiligung ermöglicht und durch einen dialogischeren Stil als bisher geprägt wird.

bedeutet nicht, dass andere Parteien keine vergleichbaren Projekte ins Leben gerufen haben. Die Stärke der Christdemokraten lag wohl darin, dass sie das immanente Projekt auch mit einem transzendent begründeten Ethos unterfütterten, was nach dem Krieg aus unterschiedlichen Gründen nicht ohne Bedeutung war.

Man könnte auf unterschiedlichen Ebenen nach den Ursachen suchen, warum die „C“-Partei nicht an der ersten Phase des synodalen Prozesses teilnahm. Ich interpretiere dieses Fehlen vor allem als Resultat eines Trennungsprozesses zwischen katholischer Kirche, *Luxemburger Wort* und CSV. Meine Hypothese ist, dass die drei Institutionen immer stärker durch den Säkularisierungsprozess unter Druck geraten sind. Die Bürger konnten sich immer weniger mit einer konservativen, autoritären und moralisch unterdrückenden Weltkirche identifizieren. Sie akzeptierten nicht mehr, dass eine Religion in dem Maße vom Staat profitieren sollte. Die enge Partnerschaft mit der Kirche wurde der CSV als Wettbewerbsverzerrung vorgeworfen. Die Kirche und das *Wort* blockierten sich selbst im Umgang mit der „Gotteskrise“, dem Wissenschaftsglauben, dem Pluralismus und vor allem dem hegemonialen Kapitalismus. Der Glaube, dass „mit der Erfüllung unserer Sehnsüchte nach Wohlstand, Konsum und Schönheit das Leben schon gelebt wäre“, wurde zur größten Gefahr für den transzendenten Glauben.¹⁰ Im Jahre 2012 wollte die CSV die Beziehung zwischen Staat und Kirche neu verhandeln. Noch schnell vor den Wahlen von

2013 schrieb die CSV die Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichtes im Sekundarunterricht in ihr Wahlprogramm, um „für die anderen Parteien überhaupt noch interessant für eine Koalition zu sein“. Was die CSV befürchtete, trat ein. Der Mord am projektierten Überwarter Jean-Claude Juncker war vollzogen. Die Trennung von Kirche und Staat wurde im Eiltempo organisiert. Kirche und CSV befanden sich in einer Krise, die sie bis heute nicht überwunden haben.

Die Kirche hat sich bisher nicht erholt. Der autonom denkende Mensch hat die Geduld mit einer Institution verloren, die nicht riskiert, neue Wege auszuprobieren. Die Bürger wollen nicht schuldig an der eigenen Unmündigkeit werden und drehen der Kirche immer mehr den Rücken zu. Das weiß auch die CSV, und so schwieg sie lieber.¹¹

Das „C“ als Herausforderung

Die CSV sollte das Symptom ihres Schweigens im Nachhinein selbst „aufarbeiten“ und bezüglich ihrer anthropologischen Position mutiger auftreten. Historisch gesehen, war es ja auch nicht so, dass Leo XIII eine Soziallehre entwickelte, welche die „Christdemokraten“ dann umsetzten. Das Gegenteil war der Fall: Politisch und sozial engagierte Laien und Kleriker haben auf internationaler Ebene diskutiert, publiziert, mehr Gerechtigkeit gewagt und gekämpft. Daraus stammen die meisten Elemente der christlichen Sozialethik.

Die Bürger wollen nicht schuldig an der eigenen Unmündigkeit werden und drehen der Kirche immer mehr den Rücken zu.

Jede Politik basiert auf einer Anthropologie. Warum sollte es dann nicht auch einen christlich-sozialen Ansatz der Politik geben? Allerdings fordert der Wähler Glaubwürdigkeit. Dazu gelten neben der Fähigkeit, vernünftig und sachbezogen zu handeln, intellektuelle Redlichkeit, Verantwortungsfähigkeit, Dialogbereitschaft, Fairness, Respekt des Gegners und Demut.

Vor dem Hintergrund ihres anthropologischen Ansatzes hätte die CSV schon längst auf die obsoletere Sexualmoral mit ihren fürchterlichen Folgen eingehen müssen. Politiker, die sich kritisch mit Machtfragen auseinandersetzen, haben sicherlich ebenfalls ein Gespür für die gefährliche Macht, die kirchliche Amtsträger über Menschen haben können. Generell wäre es sehr spannend zu diskutieren, welche Herausforderungen u. a. die Verbreitung der digitalen Möglichkeiten, der hegemoniale Kapitalismus, die mögliche Cyborgisierung des Menschen, die Ängste angesichts der Klimakatastrophe und die Bedrohungen der Demokratie für eine christliche Anthropologie darstellen. In der BRD sind Politiker fast aller Parteien im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und engagieren sich für Reformen in der Kirche. So zeigte der Politikwissenschaftler und frühere ZdK-Präsident Hans Maier (CSU) neulich, dass die kirchliche Exekutive in punkto Kollegialität, Abstimmung zwischen den Ressorts und Stärkung der individuellen Grundrechte (lex fundamentalis) sehr viel vom demokratischen Staat lernen könne.¹²

Die Demokratie als Lebensform

Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist eine Lebensform, wie es John Dewey ausdrückte.¹³ Zwar hat die christliche Sozialethik wesentliche Impulse zur Mitbestimmung in den Betrieben gegeben. In der Kirche selbst steht es bis heute schlecht um Subsidiarität und partizipative Strukturen. Lieber entwickelt man gegen jeden Gemeinschaftssinn überdimensionierte Pfarreien, als Macht zu teilen und den Diskurs über die sakramentale Dimension der Kirche neu zu denken. Dabei könnte man Matthäus-Evangelium 18,20 als partizipative Lebensform deuten: „Denn wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.“

Viele Bürger haben das Gefühl, dass die Demokratie partizipativere Formen bräuchte.¹⁴ Wenn die Demokratie wesentlich aus dem Geiste des Evangeliums stammt, wie Henri Bergson schreibt¹⁵, dann müsste die Kirche ein interessantes Experimentierfeld sein. Umso mehr sollten auch Politiker die Kirche ermutigen, diesen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. ♦

- 1 Johann Baptist Metz, *Glaube in Geschichte und Gesellschaft*, Mainz, Matthias-Grünewald-Verlag, 1977, S. 43.
- 2 Ernst-Wolfgang Böckenförde, „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“, in: Ders. (Hg.), *Recht, Staat, Freiheit*, Frankfurt a. M., Suhrkamp Verlag, 2006, S. 92-114, hier S. 112f.
- 3 Hannah Arendt, *Was ist Politik?*, München, Piper Verlag, 2003, S. 13.
- 4 Vgl. hierzu: <https://tinyurl.com/2p83wfsw> (letzter Aufruf: 29. August 2022).
- 5 Giovanni Pico della Mirandola, *Über die Würde des Menschen*, Hamburg, Felix Meiner Verlag, 1990.
- 6 Jürgen Manemann, *Revolutionäres Christentum. Ein Plädoyer*, Bielefeld, transcript Verlag, 2021, S. 79ff.
- 7 <https://csv.lu/files/2016/07/Grundsatzprogramm-new-2018-web-de.pdf> (letzter Aufruf: 29. August 2022). Man sollte heute den dynamischeren Begriff der Sozialethik gebrauchen.
- 8 Hans Küng, *Projekt Weltethos*, München, Piper Verlag, 1990.
- 9 Vgl. hierzu Emile Poulat, *Où va le christianisme ?*, Paris, Plon/Mame, 1996 oder Hans Maier, *Kirche und Demokratie. Weg und Ziel einer spannungsreichen Partnerschaft*, Freiburg i. Br., Basel, Wien, Herder Verlag, 1979.
- 10 Rainer Bucher, *Christentum im Kapitalismus. Wider die gewinnorientierte Verwaltung der Welt*, Würzburg, Echter Verlag, 2019, S. 171.
- 11 Als der Abgabetermin verstrichen war, wollte ein CSV-Abgeordneter noch einen Text einreichen. Man sagte ihm, dass die Frist abgelaufen sei.
- 12 Hans Maier, „Was die Kirche vom demokratischen Staat lernen kann – eine Skizze“, in: Paul M. Zulehner et. al. (Hg.), *Synodalisation – Eine Zerreißprobe für die katholische Weltkirche? Expertinnen und Experten aus aller Welt beziehen Stellung*, Matthias Grünewald Verlag, 2022, S. 373-381.
- 13 John Dewey, „Creative democracy: The task before us“, in: J. Boydston, John Dewey (Hg.), *The later works, 1925-1953*, Vol. 14, Carbondale, Southern Illinois University Press, 1976, S. 224-230, hier S. 225-226.
- 14 Andreas Urs Sommer, *Eine Demokratie für das 21. Jahrhundert. Warum die Volkvertretung überholt ist und die Zukunft der direkten Demokratie gehört*, Freiburg i. Br., Herder Verlag, 2022.
- 15 Henri Bergson, *Les deux sources de la Morale et de la Raison*, Paris, PUF, 1932, S. 301.